

Menschen- und Umweltrechte unter Druck: Möglichkeiten und Grenzen internationaler Schutzprogramme für Risikogruppen in Lateinamerika



Dr. Rosario Figari Layús
 Wissenschaftliche Mitarbeiterin (Post-Doc)
 Professur für Friedensforschung
 JLU Gießen.



Prof. Dr. Stefan Peters
 Professor für Friedensforschung
 JLU Gießen.
 Direktor des Deutsch-Kolumbianischen
 Friedensinstituts - Instituto CAPAZ.

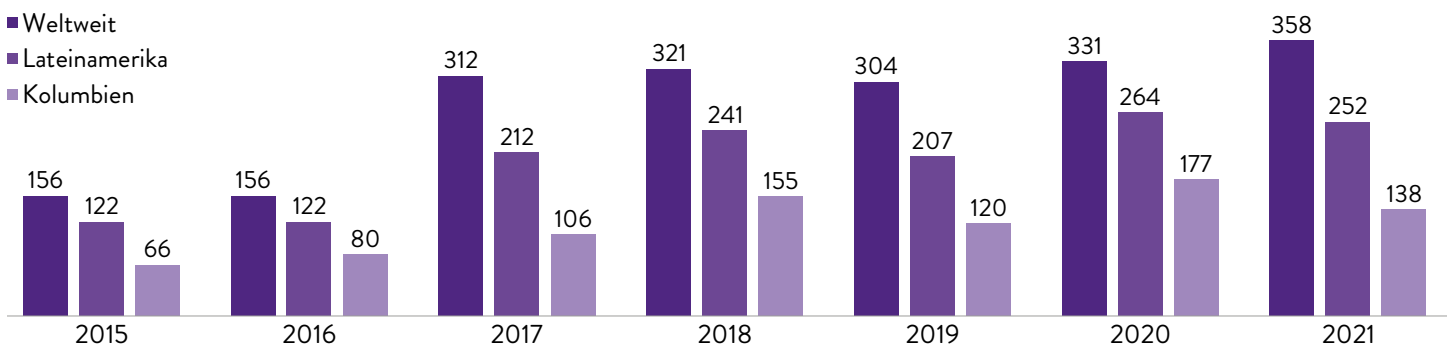
Die Förderung von Frieden, Klima- und Umweltschutz sowie Demokratie erfordert die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft. Die Bedingungen hierfür haben sich in vielen Teilen der Welt in den vergangenen Jahren verschlechtert. Verschiedene Berichte zeigen eine Zunahme restriktiver Maßnahmen gegen politische Aktivist:innen, Umweltaktivist:innen sowie Menschenrechtsverteidiger:innen und kritische Wissenschaftler:innen (Front Line Defenders 2022). Zudem hat die Gewalt gegen Aktivist:innen und Journalist:innen erschreckende Ausmaße angenommen. Alleine im Jahr 2021 wurden weltweit 358 Aktivist:innen und Journalist:innen getötet. Die meisten dieser Morde (207) wurden in Lateinamerika begangen, insbesondere in Kolumbien (138), Mexiko (42) und Brasilien (27) (Front Line Defenders 2021, 5).

In Lateinamerika stieg nicht nur die Zahl der Tötungen von Politiker:innen, Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen, auch das Gewaltniveau bei anderen Angriffen gegen diese Gruppen nahm zu. Teilweise wurden die Gewalttaten von staatlichen Kräften selbst verübt und durch den Einsatz von Sicherheitskräften oder durch nichtstaatliche Akteure wie illegale bewaffnete Gruppen, Paramilitärs oder die organisierte Kriminalität verstärkt.

Insbesondere Umweltschützer:innen und Menschenrechtsaktivist:innen leben gefährlich. So standen 2021 59 % der Tötungen in Zusammenhang mit der Verteidigung von Umwelt-, Land- und indigenen Rechten. Fast immer standen diese Morde in Zusammenhang mit Megaprojekten, der Rohstoffindustrie oder Großunternehmen (Front Line Defenders 2022, 5). Weitere Opfer der gezielten Gewalt waren Aktivist:innen, die sich mit Korruption und Straflosigkeit befassen, sowie Journalist:innen und Social Media Aktivist:innen, die Menschenrechtsverletzungen anprangern. In vielen Ländern reagierten die Regierungen und Sicherheitskräfte bestenfalls nicht auf Drohungen und Angriffe auf die Zivilgesellschaft. Im schlimmsten Fall waren die staatlichen Sicherheitskräfte selbst für die Morde verantwortlich.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass staatliche Stellen und nationale Schutzprogramme trotz bestehender menschenrechtlicher Verpflichtungen zum Schutz der Aktivist:innen nicht die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um der Gewalt entgegenzuwirken. Während Morde an Aktivist:innen vergleichsweise gut dokumentiert werden, sind die Daten zu anderen Konsequenz der Gewalt und Einschüchterung unzureichend. Es gibt keine offiziellen Daten über die Zahl der – in

Tabelle 1: Ermordete Menschenrechtsverteidiger:innen in Lateinamerika und Kolumbien in vergleichender Perspektive (2015-2021)



Quelle: Front Line Defenders 2016, 2017, 2018 2019, 2020, 2021, 2022.

den Zielländern meist ohne offiziellen Flüchtlingsstatus leben – Exilierten, das Ausmaß der Selbstzensur von Aktivist:innen oder Journalist:innen oder gar die Konsequenzen für die aktive politische Beteiligung der Zivilgesellschaft und mithin die Auswirkungen auf die Demokratie.

Internationale Hilfs- und Schutzprogramme

Verschiedene internationale Organisationen bieten gefährdeten Personen, die das Land dringend verlassen müssen, Unterstützung an. Erfreulicherweise wurden diese Programme in den vergangenen Jahren ausgebaut. Meist bieten sie individuelle finanzielle Unterstützung an und ermöglichen damit den gefährdeten Personen einen temporären Aufenthalt in Europa oder Nordamerika. Die Arbeit dieser Organisationen ist unerlässlich, um gefährdeten Personen kurz- oder mittelfristig Schutz zu bieten. Allerdings ist die Arbeit der Organisationen nicht ausreichend, um Aktivist:innen für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Entwicklung wirksam zu schützen. Es braucht vielmehr eine Neuausrichtung des Schutzes der gefährdeten Personen, die mindestens folgende vier Punkte beinhalten müsste.

Erstens braucht es neben kurz- auch mittelfristige Perspektiven für die Aktivist:innen. Der Zeitraum der Unterstützung im Gastland beschränkt sich in der Regel auf drei Monate bis zwei Jahre und es gibt kaum Möglichkeiten für eine längerfristige Unterstützung. Dies ist mit Blick auf die Ressourcenausstattung verständlich, geht aber an den Bedürfnissen oft vorbei. Schließlich verbessert sich die Sicherheitslage im Herkunftsland nicht notwendigerweise während der Zeit im Exil und aus dem Blickfeld der Gewaltakteure wird man kaum verschwinden, wenn das Engagement auch aus dem Ausland fortgesetzt wird. Im Ergebnis können die Person auch nach Beendigung des Förderprogramms oft nicht zurückkehren und stehen dann vor der Gefahr einer prekären Lage, die nicht selten mit einem irregulären Aufenthaltsstatus einhergeht. Die Risiken können so in transformierter Form fortbestehen und teilweise in sehr prekäre Situationen münden, bei denen selbst Grundbedürfnisse (Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Zugang zu medizinischer Versorgung usw.) nicht gedeckt sind.

Zweitens müssen sich die Schutzprogramme besser an die verschiedenen Kontexte anpassen. Obwohl Lateinamerika weltweit die höchsten Gewalttaten gegen Menschenrechtsverteidiger:innen verzeichnet, spielt der Subkontinent im Vergleich zu anderen Regionen oft nur eine marginale Rolle. Hinzu kommen praktische Probleme. Die meisten internationalen Schutzprogramme werden nur auf Englisch angeboten und

schließen damit einen bedeutenden Teil der Aktivist:innen aus Lateinamerika (und anderen Regionen) mangels entsprechender Sprachkenntnisse aus. Diese mangelnde Aufmerksamkeit für andere Sprachen ist auch deswegen hochproblematisch, weil sie de facto den Zugang historisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen erschwert und sich bestehende soziale Ungleichheiten auf die Möglichkeit des Schutzes vor Gewalt auswirken.

Drittens leiden die Schutzprogramme unter einer Fokussierung auf bedrohte Individuen. Damit generalisieren die Programme die Bedrohungsszenarien, abstrahieren von den unterschiedlichen Kontexten und büßen auf diese Weise einen Teil ihrer Wirksamkeit ein. So stoßen die Schutzprogramme in Fällen, in denen mehrere Mitglieder einer Organisation bedroht sind, an ihre Grenzen. Ebenso wird die Reisefinanzierung für Angehörige der gefährdeten Person in der Regel nicht berücksichtigt. Dies erhöht das Gefühl von Verwundbarkeit und Einsamkeit der Person im Ausland, zusätzlich zu der Sorge, dass ihrer Familie im Heimatland etwas zustoßen könnte. Eine Perspektive, die Familienmitglieder aus dem nahen Umfeld der gefährdeten Person einbezieht, wäre der Schlüssel, um die negativen Auswirkungen der Exilierung zu mindern, die Diversitätssensibilität der Programme zu steigern und damit den Schutz effektiver für alle bedrohten Aktivist:innen zu gestalten.

Viertens fehlt es an regionalen Resettlement-Programmen. Die Schutzprogramme fokussieren sich auf die Unterstützung von temporären Aufenthalten im Globalen Norden und sind gerade deshalb oft nur eingeschränkt wirksam. Sprachliche Barrieren, Risiko von Diskriminierungserfahrungen und interkulturelle und sozio-ökonomische Herausforderungen sind wichtige Zugangshürden, können sich zudem negativ auf die Integration auswirken und die Unabhängigkeit und Autonomie der gefährdeten Personen im Gastland einschränken. Zusätzlich zur Gefahr der sozialen Isolation, führt der Aufenthalt im Globalen Norden oft zu einer wachsenden Entfernung vom Kontext des Aktivismus sowie zur Schwächung von Organisationsprozessen im Heimatland und damit zur Entwurzelung der Personen. Es ist deshalb wichtig Schutzprogramme aufzubauen, die regionale Alternativen in Lateinamerika bieten. Zudem sollten Möglichkeiten zur Förderung des Schutzes im eigenen Land gefördert werden, um auf diese Weise die vielfältigen Risikoszenarien zielgenauer zu adressieren. Während viele Aktivist:innen und Journalist:innen das Land auf Grund der Bedrohungslagen zwingend verlassen müssen, können andere mit entsprechender finanzieller Unterstützung im Land bleiben und ihre Aktivitäten aus anderen Landesteilen fortsetzen.

